

Sie soll nicht ein Produkt sein, das man erhält, wenn man es zahlen kann – Bildung muss ein Grundrecht sein! Um Bildung für alle zu garantieren, müssen wir die Profitlogik, die unsere Gesellschaft bestimmt, durchbrechen. Nur wenn sich die Gesellschaft nach den Bedürfnissen der breiten Massen und nicht nach den Profiten der wenigen Kapitalisten richtet, können wir unsere Bildung nach unseren Interessen, nicht nach den Erfordernissen der Börse, gestalten. Deshalb soll jeder Kampf – auch ein Schülerstreik – als Beitrag zu einer Umwälzung

Bildet euch!
Bildet andere!
Bildet Schüleraktionsgruppen!

der Gesellschaft gesehen werden.

Die Gegenwehr

Was die Beispiele von Frankreich und Chile aber zeigen ist: es ist sehr wohl möglich sich zu wehren – und genau das wollen wir tun!

Wir wollen gerade jetzt vor den Wahlen zeigen, dass wir es ernst meinen mit unserer Bildung und dass wir es nicht zulassen werden, dass weiter so eine kapitalistische Scheiß-Politik gemacht wird.

Ein Bündnis aus SchülerInnen und linken Organisationen hat sich bereits gebildet um für einen Schülerstreik am 13. September zu mobilisieren – die direkte Vorbereitung und vor Allem die Durchführung des Streiks liegen aber in den Händen der Schülerinnen und Schüler an der Basis!!!

Auf die Straße gegen den Bildungsnotstand!

Am 13. September, in der Woche vor den Wahlen, werden SchülerInnen aus ganz Berlin in den Streik treten...



...gegen die Streichung der Lernmittelfreiheit, gegen Lehrermangel, gegen Studiengebühren, gegen das dreigliedrige Schulsystem –

**gegen Bildungsabbau!
freie Bildung für alle!**

Freitag, 8. September

Infoveranstaltung zum Schülerstreik

ab 17 Uhr im Café Rojo, Rote Insel, Mansteinstr. 10, U-Bhf Yorckstraße
ab 22 Uhr: Soliparty für den Schülerstreik! mit Ska, Punk, Hiphop uVm.

Sonntag, 10. September

große Aktionskonferenz für den Streik

15 Uhr, Mehringhof, Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2a, U-Bhf Mehringdamm

Mittwoch, 13. September

Schülerstreik!

ab 10 Uhr, vor dem Roten Rathaus mit Demonstration, Workshops und Konzert

weitere Termine auf den Seiten:

Revo-Seite: www.schuelerstreik.de.tc; Bündnis-Seite: www.schulaction.de



**REVO - unabhängige
kommunistische
Jugendorganisation**

www.onesolutionrevolution.de

www.schuelerstreik.de.tc

Am 17. September wird das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Die WählerInnen entscheiden dann, welche Leute in den nächsten Jahren für die Bildungspolitik zuständig sind.

Zu diesen WählerInnen gehören jedoch lange nicht alle, die von dieser Politik betroffen sind. Eine Stimme hat man erst ab 18, wenn man denn überhaupt deutscher Staatsbürger ist!

Und wer garantiert denn, dass die PolitikerInnen, die dann im Amt sitzen überhaupt etwas ändern? Der „linke“, rot-rote Senat, der seit vier Jahren in Berlin regiert, hat unsere Lage offensichtlich nicht verbessert. Im Gegenteil:

Die **Lernmittelfreiheit** wurde abgeschafft. JedeR SchülerIn muss nun bis zu 100 € pro Schuljahr für Bücher zahlen – zusätzlich zu den sonstigen Ausgaben für Exkursionen, Hefte, usw.

Der Stundenausfall ist an vielen Schulen nicht mehr hinzunehmen. Das liegt daran, dass es in Berlin **zu wenige LehrerInnen** in den Schulen gibt. Statt aber frisch ausgebildete LehrerInnen einzustellen, wurden 2005 und 2006 Stellen gestrichen.

Am Ende des letzten Schuljahres wurde der „**Bögertag**“ verkündet, der die Ferien um einen Tag verlängerte. Der freie Tag ist aber kein Ruhmestag für Schulsenator Böger, sondern nur der Ausgleich für die Mehrarbeit, die er den verbliebenen LehrerInnen aufgedrückt hat.

Vor allem im Ostteil Berlins werden viele **Schulen geschlossen** oder zusammengelegt. So droht nun z.B. der Gandhi-Schule das Aus. Im letzten Schuljahr konnten die SchülerInnen der Camille-

Claudel- und der Pasteur-Oberschule mit gemeinsamen Streik- und Protest-Aktionen ein Zeichen setzen gegen die Zusammenlegungs-Pläne der Senatschulverwaltung.



Dass es angeblich so wenige SchülerInnen gibt, ändert nichts am **Ausbildungsplatzmangel**. In Berlin-Brandenburg bekamen letztes Jahr nur fast 30 Prozent der jungen Suchenden einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Der Rest ging leer aus oder wurde mit so genannten „berufsvorbereitenden Maßnahmen“ an einer Berufsschule abgespeist – d.h. man darf ein Jahr später wieder sein Glück versuchen.

Wer das Privileg genießt, das Abi in der Tasche zu haben und in Berlin studieren möchte, muss sich statistisch gegen fünf andere BewerberInnen durchsetzen. **Studiengebühren** sind in Berlin noch nicht eingeführt worden, aber die Pläne, den Studierenden etwa 500€ pro Semester abzunehmen, liegen schon in der Schublade. Mit den 50€ „Rückmeldegebühren“ sind aber jetzt schon versteckte Studiengebühren zu zahlen.

Die Bedingungen

Überhaupt ist das Schulsystem in seiner dreigliedrigen Struktur elitär und ungerecht. Schon früh wird aussortiert, wer es schwer haben soll, in die Mittelschicht der Gesellschaft zu kommen. Förderung? Fehlanzeige! Wozu? Man kann doch die SchülerInnen einfach an die jeweils niedrigere Stufe abgeben. Und „oben“ im Gymnasium wird Leistungsdruck ausgeübt und elitäres Denken gelehrt. Die Ellenbogengesellschaft fängt eben nicht erst im „richtigen Leben“ an.

Aber dort geht sie natürlich weiter. Der Sozialabbau, der schon viele von uns Jugendlichen betrifft, ist generationenübergreifend. Immer mehr Leis-

tungen werden gekürzt für die, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um überleben zu können – also für die ArbeiterInnen. Das Arbeitslosengeld wurde auf das absolute Mindestniveau gekürzt und die EmpfängerInnen von „Hartz IV“ der totalen Kontrolle durch den Staat ausgesetzt, Renten werden nicht erhöht, den Menschen im öffentlichen Dienst die Löhne gekürzt, staatliche Versorgungsunternehmen privatisiert, und so weiter und so fort.

Die Kämpfe

Doch man muss und man kann sich wehren! Ob gegen Werkschließungen, verschärfte Ausbeutung oder die Sozial-Kahlschlagspolitik der Regierung – bei genügend Protest, können wir die Angriffe der Herrschenden abwehren.

Es genügt schon, sich an die Schülerproteste in der ersten Jahreshälfte 2006 in Frankreich und in Chile zu erinnern: Die SchülerInnen gingen gegen die neoliberale Politik ihrer Regierungen auf die Straße, besetzten Schulen und organisierten sich landesweit. Sie schafften es, die Gewerkschaften dazu zu bringen, ihren Protest zu unterstützen. Die Streiks der ArbeiterInnen, die die Produktion ins Stocken brachten, zwangen die Regierungen schnell in die Knie!

Natürlich ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Herrschenden, die Konzerne und die Regierungen, erneut einen Angriff auf uns starten, denn sie müssen weiter dafür sorgen, dass sie sich im internationalen Konkurrenzkampf durchsetzen können. Auch die Herrschenden hier in Deutschland sind so zu Angriffen auf uns gezwungen und werden daher auch von unserer Bildung nicht ablassen. Deswegen müssen wir für Bildung kämpfen.

Was kann ich auf meiner Schule tun?

A Informieren!

Kürzungen und Verschlechterungen gibt es ununterbrochen, aber nur wenige SchülerInnen wissen darüber. Noch weniger wissen, was man dagegen tun kann. Wir müssen informieren, warum wir streiken müssen und wie wir streiken können. Es wird im Vorfeld des Streiks Seminare und Konferenzen geben – organisiert selbst Veranstaltungen direkt auf der Schule, z.B. in der Schülervertretung.

A: Organisieren!

Für einen großen Streik, brauchen wir auf jeder Schule Mobilisierungsstrukturen. Bildet Schüler-Aktionsgruppen, die für alle Interessierte offen sind, die vor Ort die Mobilisierung für den Streik organisieren. Ihr könnt euch als Schüler-AG in einem Klassenzimmer, in einem Schülerclub, oder notfalls auf dem Hof oder in einem naheliegenden Café treffen.

A: Vernetzen!

Die Aktionsgruppen, kämpferische Schülervertretungen und andere Mobilisierungsstrukturen müssen sich berlinweit koordinieren. Dazu soll es regelmässige Bündnistreffen sowie Seminare und eine große Aktionskonferenz geben. Jede Schüler-Aktionsgruppe soll VertreterInnen wählen, die an den bezirk- und berlinweiten Strukturen teilnehmen.

A: Verteidigen!

Die Schulleitungen und die Ämter werden alles mögliche drohen, um Schüler vom Streik abzuhalten: Tadel, Fehltage, Suspendierung, Rauswurf usw. Aber dürfen sie das überhaupt? Wir SchülerInnen haben ein Recht auf politischen Protest, also auf Demos und Streiks. Informiert euch über eure Rechte im Schulgesetz, um die Drohungen der Schulleitung zu neutralisieren.

A: Mobilisieren!

Tausende SchülerInnen werden nur dann streiken, wenn sie darauf vorbereitet sind. Deshalb müssen wir in den Wochen vor dem Streik kontinuierlich mobilisieren: Flugblätter verteilen, Versammlungen abhalten, Pläne machen. Vor allem in den letzten Tagen müssen wir mit Plakaten und Transpis jedem und jeder klar machen, wann, wie und warum gestreikt wird.